



Herrn Senator Andreas Geisel
Herrn Staatssekretär Torsten Akmann
Herrn Senator Dr. Dirk Behrendt
Frau Staatssekretärin Daniela Brückner
Den innenpolitischen Sprechern der Koalitionsfraktionen
Frank Zimmermann, Benedikt Lux, Niklas Schrader

Berlin, 10. Dezember 2020

Unangemessener Polizeieinsatz in der Neuköllner Begegnungsstätte am 26.11.2020

Sehr geehrter Herr Senator Geisel,
sehr geehrter Herr Senator Behrendt,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Akmann,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Brückner,
sehr geehrte Innenpolitische Sprecher der Koalitionsfraktionen,

mit großem Ärger und einiger Verwunderung haben wir erfahren müssen, dass die Neuköllner Begegnungsstätte (NBS e.V.) in der vergangenen Woche einer Razzia mit massivem Polizeiaufgebot, Beschlagnahmung von Dokumenten in erheblichem Umfang, einer Straßensperrung auf der Flughafenstraße etc. ausgesetzt war. Zudem wurden die Privaträume von Imam Taha Sabri und dem stellvertretenden Vereinsvorsitzenden durchsucht. Auch hier wurden umfangreiche Beschlagnahmungen durchgeführt.

Der Hintergrund ist offenbar der Verdacht auf Betrug bei der Beantragung von Corona-Hilfen. Auch viele Moscheegemeinden haben im Frühjahr Unterstützungsgelder beantragt. Wie alle anderen Organisationen müssen sie im Nachhinein – auf Nachfrage – Unterlagen vorlegen, um zu belegen, dass die Einkünfte tatsächlich Corona-bedingt eingebrochen sind. Bei Moscheen wird diese Auskunft offenbar gar nicht erst nachgefragt. Stattdessen wird sofort durch die Polizei gestürmt. Offensichtlich reicht es aus, eine Moschee zu sein, um von der Sonderkommission bei der Staatsanwaltschaft ins Visier genommen zu werden.

Wir wenden uns energisch gegen diese Ungleichbehandlung von Moscheen gegenüber anderen gemeinnützigen Organisationen wie Kirchengemeinden. Wir sehen darin eine Diskriminierung durch die Polizei und die Staatsanwaltschaft. Oder wurden (von uns und der Presse unbemerkt) auch andere gemeinnützige Verein und Kirchengemeinden derart brutal durchsucht? Was rechtfertigt den Einsatz von bewaffneten Polizisten in der NBS? Was rechtfertigt die öffentliche Stigmatisierung der Gemeinde und ihres Vorstands durch ein polizeiliches Großaufgebot und Straßensperren?

Das Bündnis Neukölln: Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt ist ein überparteilicher, überkonfessioneller und multikultureller Zusammenschluss von Gewerkschaftler*innen und Kirchenvertreter*innen, von engagierten Einzelpersonen und Neuköllner Parteienvertreter*innen. Wir bestehen seit 2009 und wenden uns gegen die Diskriminierung von Einzelpersonen und gesellschaftlichen Gruppen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung und ihrer sexuellen Identität, sei es durch Diskreditierung, Ausgrenzung oder gar Gewalttaten. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Nationalismus gleich welcher Couleur dürfen keinen Platz in unserer Mitte haben.

Seit vielen Jahren fordern wir die Aufklärung der rechten Gewalttaten in Neukölln: der Ermordung von Burak Bektaş, der Anschläge auf Bürger*innen, Buchhändler und Lokalpolitiker*innen. Was bisher dabei heraus gekommen ist, sind Verbindungen der Polizei zur rechtsextremen Szene, Mitglieder unseres Bündnisses sind nicht über Gefährdungen unterrichtet worden, die der Polizei bekannt waren und vieles mehr. Hier wünschen wir uns mehr Einsatz! Die Prüfung der Verwendung von 14.000 Euro Corona-Hilfen durch eine im Bezirk geschätzte Moschee-Gemeinde mittels Razzia voranzutreiben, ist uns vor diesem Hintergrund völlig unverständlich.

Zuletzt haben wir am 13.11.2020 bei der Demonstration gegen den Dänischen Faschisten Paludan und die von ihm angekündigte Koran-Verbrennung vor einer Neuköllner Moschee an der Sonnenallee mit der Neuköllner Begegnungsstätte zusammengearbeitet. Imam Taha Sabri hat unsere Demonstration mit vorbereitet und vor Ort gesprochen. Es ist im Wesentlichen ihm zu verdanken, dass die Kundgebung nicht nur groß und breit aufgestellt war, sondern vor allem friedlich verlaufen konnte. Und dass, obwohl die Polizei wenig hilfreich war. Sie hat den Versammlungsort unangekündigt viel enger gezogen, als es unter Corona-Bedingungen angemessen ist.

Dies war nicht das erste Mal, dass wir mit Imam Sabri und der Neuköllner Begegnungsstätte gegen eine Demonstration von Faschisten in Neukölln zusammengestanden haben: Im Jahr 2012 bereits hat er mit der Gemeinde am Veranstalterbündnis der Kundgebung „Nein zu Rassismus. Für Glaubensfreiheit und ein solidarisches Miteinander.“ (Hermannstraße Ecke Flughafenstraße) gegen „Pro Deutschland“ teilgenommen und auch wesentlich zur Beruhigung beigetragen. Imam Sabri und die Neuköllner Begegnungsstätte sind an unserer Seite, wenn es um Deeskalation geht. Sie engagieren sich mit uns gegen faschistische Aktivitäten in Neukölln.

Für uns ist klar: Hier wurde von Staatsanwaltschaft und Polizei mit zweierlei Maß gemessen. Wie konnte es zu dem Durchsuchungsbeschluss kommen, obwohl – wie auch die Integrationsbeauftragte des Landes Berlin öffentlich gemacht hat – die Förderkriterien unklar und ein Betrugsverdacht auf dieser Grundlage gar nicht eindeutig festzustellen war? Vor allem aber fragen wir uns, auf welcher Grundlage die „Gefährdungslage“ derart eingeschätzt wurde, dass ein bewaffnetes, völlig überdimensioniertes Polizeiaufgebot zum Einsatz kam. Der Durchsuchungsbeschluss alleine rechtfertigt nicht, dass Menschen mit Waffe eingeschüchert und im Auto festgesetzt werden, dass die Straße gesperrt und öffentlichkeitswirksam die Botschaft gesendet wird, dass die Moscheegemeinde gefährlich und betrügerisch sei.

Wir fordern die Aufklärung aller Hintergründe dieser Razzia, die aus unserer Sicht eine massive Diskriminierung der Neuköllner Begegnungsstätte darstellt. Wir fordern, dass der Innensenator und der Justizsenator – der zugleich für Antidiskriminierung zuständig ist – auf geeignete Weise ihr Bedauern über die Stigmatisierung der Gemeinde und ihrer Vorsitzenden ausdrücken.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis Neukölln – Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt